



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 211-2024
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2024.RRGR.286

Eingereicht am: 10.09.2024

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Saïd (Biel/Bienne, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Prävention und Bekämpfung von Mobbing in der Schule

Verschiedenen Studien zufolge sind in der Schweiz rund 10 Prozent aller Schülerinnen und Schüler von Mobbing in der Schule betroffen. Dieses Problem ist nicht neu, hat sich aber mit der Entwicklung von sozialen Netzwerken und der Verbreitung von Smartphones exponentiell entwickelt. Insbesondere Cybermobbing verwandelt diese Form der Gewalt in eine allgegenwärtige Realität, die keine zeitlichen oder geografischen Grenzen mehr kennt. Schülerinnen und Schüler können daher jederzeit, Tag und Nacht, verbalen, physischen oder psychologischen Angriffen ausgesetzt sein. Dieses Phänomen hat verheerende Folgen, die von einer Herabsetzung des Selbstwertgefühls bis hin zu schweren psychologischen Störungen wie Depressionen, antisozialem Verhalten und sogar Selbstmordgedanken reichen. Mobbing unter Schülerinnen und Schülern ist einer der Faktoren, die zu Selbstmord führen können, der häufigsten Todesursache bei Jugendlichen über 16 Jahren.

Während Frankreich den Kampf gegen Mobbing in der Schule zur nationalen Priorität erklärt hat, haben einige Schweizer Kantone, wie Genf, Notfallmassnahmen ergriffen. Im Wallis wurde ein kantonaler Aktionsplan gegen Mobbing unter Schülerinnen und Schülern verabschiedet. Er basiert auf fünf Schwerpunkten: Sensibilisierung, Prävention, Intervention, Schulung und Beurteilung. Er umfasst spezifische Massnahmen, wie die Ausbildung von Lehrpersonen und die Einrichtung von Interventionsstellen. Darüber hinaus gibt es Instrumente wie die Schulmediation oder vertrauliche Dialogplattformen, die es Opfern und ihren Familien ermöglichen, sich auszudrücken und Hilfe zu finden.

Da die Schulen im Kanton Bern im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden liegen, werden die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Schulmobbing unterschiedlich umgesetzt. Daher müssen die aktuellen Massnahmen hinterfragt und die Notwendigkeit eines Aktionsplans auf kantonaler Ebene geprüft werden, um eine koordiniertere und effektivere Reaktion auf dieses wachsende Problem zu gewährleisten.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Verfügt der Regierungsrat über aktuelle Statistiken über das Ausmass von Schulmobbing im Kanton Bern, insbesondere über Cybermobbing, das durch die Nutzung von sozialen Netzwerken zugenommen hat?
2. Welche Massnahmen werden derzeit im Kanton Bern zur Bekämpfung von Schulmobbing und Cybermobbing ergriffen? Werden diese Massnahmen einheitlich in allen Schulen umgesetzt?
3. Welche spezifischen Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen werden Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern angeboten, um Schulmobbing besser zu verstehen und zu bekämpfen? Ist es geplant, diese Massnahmen zu verstärken, um das Lehrpersonal besser darauf vorzubereiten, wirksam zu reagieren?
4. Hält es der Regierungsrat für sinnvoll, ein Programm für Eltern einzurichten, um sie darin zu schulen, Anzeichen von Mobbing bei ihren Kindern zu erkennen und darauf zu reagieren?
5. Könnte der Regierungsrat die Einrichtung einer Dialogplattform, z. B. in Form eines Telefondienstes oder einer App, in Erwägung ziehen, die zugänglich und vertraulich ist und auf der Mobbingopfer und ihre Angehörigen Hilfe erhalten und Mobbingfälle anonym melden können?
6. Ist die derzeitige Prävention gegen Mobbing an Schulen nach Ansicht des Regierungsrats angemessen? Wenn nicht, welche anderen Massnahmen könnten in Betracht gezogen werden?

Verteiler

– Grosser Rat